MEDIA SuUB Bremen
https://media.suub.uni-bremen.de

Titel/Title: **Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in den OECD-Ländern seit 1980**

Autor*innen/Author(s): Herbert Obinger
Reimut Zohlnhöfer

Veröffentlichungsversion/Published version: Postprint

Zeitschriftenartikel/Journal article

Empfohlene Zitierung/Recommended citation:

Obinger, Herbert/ Zohlnhöfer, Reimut (2007): Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in den OECD-Ländern seit 1980. In: Swiss Political Science Review, 13 (2), 203-236.

Verfügbar unter/Available at:
(wenn vorhanden, bitte den DOI angeben/please provide the DOI if available)

This is the peer reviewed version of the following article: Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in den OECD-Ländern seit 1980, which has been published in final form at [https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2007.tb00076.x]. This article may be used for non-commercial purposes in accordance with Wiley Terms and Conditions for Use of Self-Archived Versions.

Zusätzliche Informationen/Additional information:

Der Autor kann kontaktiert werden unter:
herbert.obinger@uni-bremen.de

Abschied vom Interventionsstaat?
Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in den OECD-Ländern seit 1980

Abstract:

Der Aufsatz untersucht den Wandel der Subventionsausgaben der OECD-Länder in den vergangenen 25 Jahren. Diese Ausgaben sind einerseits in fast allen Staaten der OECD-Welt erheblich zurückgegangen, andererseits kam es zu einer starken Angleichung der Ausgabenniveaus. Die Analyse der Determinanten der nationalen Ausgabenniveaus und ihrer Veränderung zeigt einen Status quo-Bias eines hohen institutionellen Pluralismus, während Parteien- und Interessengruppeneffekte seit den 1990er Jahren an Bedeutung verlieren. Sozio-ökonomische Problemlagen tragen ebenfalls nur in begrenztem Umfang zur Erklärung der internationalen Differenzen der Subventionsausgaben bei. Ebenso können die Europäische Integration und die Globalisierung für den Niedergang staatlicher Subventionsausgaben nicht unmittelbar verantwortlich gemacht werden.

Keywords: Subsidies, Convergence, Globalization, Economic Policy, Political Parties

Herbert Obinger, Prof. Dr., Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, Parkallee 39, 28209 Bremen, Deutschland, hobinger@zes.uni-bremen.de

Reimut Zohlnhöfer, Dr., Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstr. 6, 69117 Heidelberg, Deutschland, rzh@uni-hd.de

Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in den OECD-Ländern seit 1980

1. Einleitung[1]

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft bildeten in der Nachkriegszeit ein typisches Merkmal nahezu aller modernen Demokratien. Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Erfahrungen mit wirtschaftlicher Depression und Krieg wurden wirtschaftspolitische Interventionen des Staates zunehmend als Instrument angesehen, um innerhalb kapitalistisch verfasster Volkswirtschaften wirtschaftliche Stabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung zu erzielen. Unter dem wachsenden Einfluss keynesianischer Ideen breitete sich schließlich in den westlichen Demokratien ein Konsens darüber aus, dass staatliche Interventionen in die Wirtschaft gepaart mit ausgebauter Wohlfahrtsstaatlichkeit **(← p. 203)** zur Glättung des Konjunkturverlaufs und zur Bewältigung der für dezentral koordinierten Marktwirtschaften typischen Probleme des Marktversagens beitragen können. Als Folge davon erlebten die Jahre etwa zwischen 1960 und 1980 eine in diesem Umfang vorher unbekannte aktivistische Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, die von zunehmendem Interventionismus der Regierungen in wirtschaftliche Belange begleitet wurde (Tanzi/Schuknecht 2000; Cusack/Fuchs 2003; Castles 2006). In vielen Ländern wurden Fluggesellschaften und Eisenbahnen verstaatlicht, während die Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, Elektrizität, Gas und Wasser sowie umfassende Bereiche lokaler Dienstleistungen wie beispielsweise die Abfallentsorgung staatlichen Unternehmen übertragen wurde. Mit Hilfe von Quersubventionen zwischen diesen Sektoren erfüllte dieser „öffentliche Infrastrukturstaat“ auch soziale Aufgaben im weiteren Sinn, indem innerhalb der Länder gleichwertige Dienstleistungen und eine flächendeckende Versorgung bereitgestellt wurden, die überdies durch sozial abgestufte Benutzergebühren in Sektoren wie Energie und öffentliche Verkehrsmittel flankiert wurde. Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge bildeten damit eine Art äußeren Schutzgürtel des Wohlfahrtsstaates (Leibfried 2005: 271), der die Transferleistungen des eigentlichen Kerns des Wohlfahrtsstaates ummantelte. In manchen Ländern erstreckte sich die Verstaatlichung außerdem auf weite Teile der Schwerindustrie (Stahlindustrie, Schiffs- und Bergbau) und sogar auf Banken. Dabei wurden in vielen Fällen öffentliche Unternehmen für politische Zwecke instrumentalisiert, sei es als Beschäftigungspuffer, als sozialpolitische Versuchslaboratorien oder als Instrumente zur Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung.

[1] Wir danken Kathrin Dümig für die Zuarbeit bei der Erstellung des Manuskripts sowie den anonymen Gutachtern für wertvolle Hinweise.

Allerdings führte die staatliche Intervention in unternehmerische Entscheidungen häufig zu Effizienzverlusten, welche wiederum die Nachfrage nach öffentlichen Subventionen schürten, um die angefallenen Verluste auszugleichen.

In den 1970er und den frühen 1980er Jahren wurde der optimistische Glaube an die Wohlfahrtseffekte des „big government" grundlegend erschüttert. Die nachlassende wirtschaftliche Performanz in Folge der Ölkrisen und das Unvermögen vieler Regierungen, die damit einhergehende Stagflation in den Griff zu bekommen, nährte die Skepsis gegenüber der Zweckmäßigkeit staatlicher Interventionen und führte schließlich zu einer schrittweisen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in vielen OECD-Ländern. In den frühen 1980er Jahren wurde der Staat zunehmend als Problemerzeuger und nicht länger als Instrument zur Überwindung ökonomischer **(← p. 204)** Ungleichgewichte angesehen. Die aufkeimenden neoliberalen Ideen, die zunächst vorwiegend in den angelsächsischen Ländern Zuspruch fanden, verbreiteten sich allmählich über den gesamten Globus. Dieser Prozess wurde durch internationale Organisationen wie die OECD und den IWF verstärkt und löste schließlich ein Umdenken hinsichtlich der Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik aus (Hall 1993). Ein Rückzug des Staates auf seine Kernfunktionen wurde mehr und mehr als bedeutender komparativer Vorteil im internationalen Wettbewerb und gleichzeitig als essentielle Voraussetzung für die Freisetzung zunehmender Marktdynamik betrachtet.

Im vorliegenden Beitrag untersuchen wir aus vergleichender Perspektive, inwieweit diese Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in der Subventionspolitik Niederschlag fand. In der Nachkriegszeit haben nahezu alle Regierungen der westlichen Welt monetäre Unterstützungen an Sektoren wie die Landwirtschaft, die verarbeitende Industrie, den Bergbau und das Transportwesen gewährt. Zusätzlich finanzierten Regierungen nicht nur Beschäftigungsprogramme und allgemeine Maßnahmen zum Ausgleich regionaler wirtschaftlicher Disparitäten, sondern gewährten auch Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie den Außenhandel. Wir zeigen für den Zeitraum von 1980 bis 2004, dass die für viele Bereiche der Staatsausgaben typische „tyranny of past commitments" (Tanzi/Schuknecht 2000: 20) nicht für die Subventionspolitik des Staates gilt. Wir finden vielmehr einen substantiellen, länderübergreifenden Rückbau der staatlichen Unternehmenssubventionen. Dieser Rückzug des Interventionsstaates wurde überdies von starker Konvergenz begleitet.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Wir beginnen mit einem Überblick über die Entwicklung der Subventionsausgaben und staatlichen Beihilfen in bis zu 21 OECD- und den 15 EU-Ländern. Anschließend leiten wir aus den verschiedenen theoretischen Ansätzen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung Hypothesen zur Erklärung der nationalen Unterschiede in den Subventionsausgaben ab. Mittels Querschnittregressionen versuchen wir anschließend, jene Faktoren zu

identifizieren, die das Niveau und die Veränderung der Unternehmenssubventionen innerhalb der OECD-Welt bestimmt haben. Im letzten Abschnitt werden die Ergebnisse diskutiert. **(← p. 205)**

2. Die Entwicklung der Subventionsausgaben im OECD-Ländervergleich

In diesem Abschnitt verwenden wir verschiedene Indikatoren, um die Entwicklung der Subventionsausgaben in entwickelten OECD- und EU-Ländern nachzuzeichnen. Neben dem Niveau interessieren uns auch die Veränderungen der Subventionsausgaben, um potenzielle Konvergenztrends zu identifizieren. Bevor wir die empirischen Ergebnisse berichten, sind jedoch einige Anmerkungen zur Messung von Konvergenz notwendig. Konvergenz ist ein vielschichtiges Konzept, weshalb in der Literatur mehrere Typen von Konvergenz unterschieden werden (Knill 2005: 768-769). Die am häufigsten benutzte Methode der Konvergenzmessung besteht darin, die Variation von Politiken zwischen zwei Zeitpunkten zu vergleichen. Ein Rückgang bei statistischen Streuungsmaßen wie der Standardabweichung im Zeitverlauf wird als σ-Konvergenz bezeichnet. Während σ-Konvergenz auf die Streuung im Querschnitt fokussiert, bezeichnet ß-Konvergenz eine inverse Beziehung zwischen dem anfänglichen Wert eines bestimmten Policy-Indikators (in unserem Fall das Niveau an Subventionsausgaben) und seiner späteren Wachstums- bzw. Veränderungsrate.[2] Ein Test für ß-Konvergenz besteht darin, den Startwert eines bestimmten Policy-Indikators auf seine folgende Wachstumsrate zu regressieren. Wenn der geschätzte Koeffizient für das Ausgangsniveau ein negatives Vorzeichen aufweist und statistisch signifikant ist, liegt absolute ß-Konvergenz vor. Dieses Konzept von Konvergenz zeigt also einen Aufholprozess von Policy-Nachzüglern oder – für den Fall eines über die Zeit hinweg sinkenden Mittelwertes – einen überproportionalen Rückbauprozess seitens der „big spender“ an.

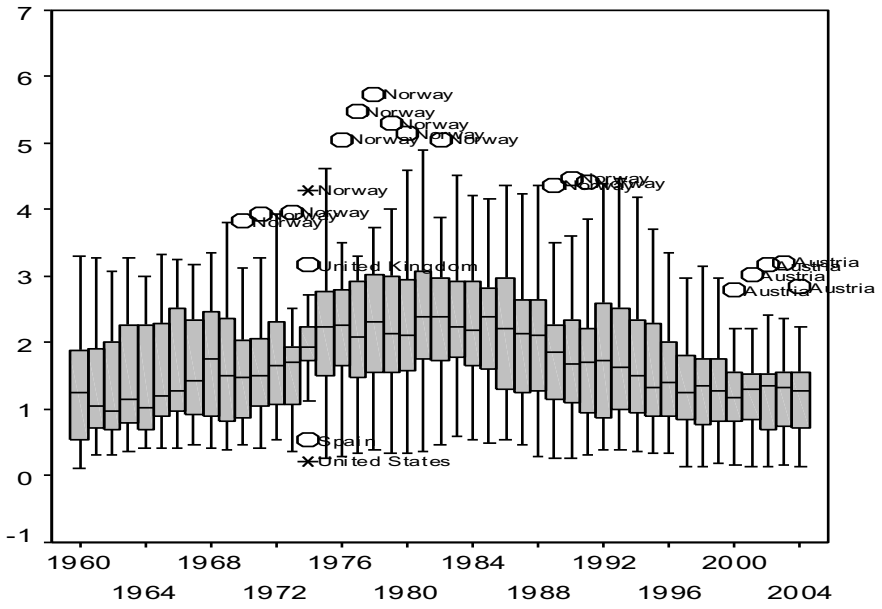
2.1 Subventionsquoten in den OECD-Ländern

Basierend auf dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) stellt die OECD Daten zu Subventionszahlungen ihrer Mitgliedstaaten an Unternehmen zur Verfügung. Nach der Klassifikation der OECD beziehen sich Subventionen auf direkte Zahlungen von Gebietskörperschaften an Unternehmen. Andere Unterstützungsformen wie beispielsweise Fördermittel für Kredite, Steuervergünstigungen und Verbrauchersubventionen **(← p. 206)** werden hierbei nicht

[2] Es ist anzumerken, dass ß-Konvergenz nicht notwendigerweise zu σ-Konvergenz führt (siehe Barro/Sala-i-Martin 1995: 31-32).

berücksichtigt (Lee 2002: 5), sodass die auf Basis der VGR ermittelten und von der OECD ausgewiesenen Subventionszahlungen die tatsächlichen nationalen Subventionsvolumina unterschätzen und damit nur einen Teil der gesamten Subventionstätigkeit der öffentlichen Hand abbilden. Umfassendere Daten sind für die Länder der OECD-Welt weder vorhanden, noch können solche von Einzelpersonen mit einem vertretbaren Aufwand generiert werden. Im Bewusstsein der Defizite des vorhandenen Datenmaterials greifen wir daher aus pragmatischen Gründen auf die OECD-Daten zurück. Entsprechende Subventionsquoten, also der Anteil der Subventionen nach VGR-Klassifikation am BIP, können auf Grundlage der *OECD Economic Outlook Database* berechnet werden. Die aktuellste Version dieses Datensatzes (OECD 2005) liefert Informationen über die Subventionstätigkeit der OECD-Kernmitgliedstaaten seit 1960. Fehlende Daten für einzelne Länder wurden mit Hilfe des *OECD Economic Outlook No. 63* (Juni 1998) ergänzt.[3] Der Schweizer Fall ist insofern problematisch, als die neuesten Daten der OECD nur die Zeitspanne seit 1990 abdecken, während sich die ältere Version wegen eines Bruchs in der Datenreihe nicht zur Konstruktion einer konsistenten Zeitreihe bis in die 1960er Jahre nutzen ließ. Aus diesem Grund wird die Schweiz nur für die 1990er Jahre miterfasst.

Abbildung 1: Gesamtsubventionsquoten, 1960-2004



Datenbasis: OECD 2005; Anmerkung: ohne Schweiz.

(← Abbildung 1 p. 208)

[3] Das bezieht sich hauptsächlich auf die frühen 1960er Jahre und auf Deutschland vor der Wiedervereinigung.

Die Entwicklung der Subventionsquoten in 20 OECD-Ländern seit 1960 zeigt ein Muster, das als „Akkordeon-Effekt“ beschrieben werden kann. Abbildung 1 zeigt Boxplots, die die Entwicklung der Subventionsquoten in den OECD-Staaten für den Zeitraum von 1960 bis 2004 grafisch abbilden, während Tabelle 1 die entsprechenden deskriptiven Statistiken enthält. Sowohl die Boxplots als auch die deskriptive Statistik belegen einen markanten Anstieg der Subventionszahlungen an Unternehmen zwischen 1960 und 1980. Der Ausgabenanstieg in diesem Zeitraum wurde von einer zunehmenden Varianz im Länderquerschnitt begleitet. Die monetäre Unterstützung für Unternehmen erreichte 1980 ihren Höhepunkt, als die Subventionsquoten im Durchschnitt bei 2,4% des BIP lagen. Zu diesem Zeitpunkt erreichten auch die Unterschiede zwischen den Ländern ihren Spitzenwert: Während die USA 1980 nur 0,35% ihres BIP für Subventionen aufwendeten, beliefen sich die entsprechenden Zahlungen in Norwegen auf 5,15% des BIP. Nach 1980 gingen sowohl die Subventionsquoten als auch die länderspezifischen Unterschiede kontinuierlich zurück. Die **(← p. 207)** Unternehmensbeihilfen pendelten sich schließlich seit dem Jahr 2000 auf einem ähnlichen Niveau wie in den frühen 1960er Jahren ein.

Tabelle 1: Subventionsquoten (als Anteil des BIP)

Jahr	Mittelwert	Standardabweichung	Spannweite	N
1960	1,32	0,95	3,18	14
1965	1,51	0,87	2,92	18
1970	1,58	0,90	3,37	19
1975	2,23	1,01	4,35	20
1980	2,37	1,14	4,80	20
1985	2,28	0,96	3,65	20
1990	1,82	1,06	4,21	20
1995	1,58	1,02	3,37	20
2000	1,23	0,67	2,63	20
2004	1,24	0,69	2,70	20

Anmerkung: Schweiz ist nicht eingeschlossen.

Quelle: eigene Berechnung nach OECD (2005).

(← Tabelle 1 p. 208)

Tabelle 2 zeigt Niveau und Veränderung der Subventionsquoten in 20 OECD-Ländern zwischen 1980 und 2004. Die Zahlen in den letzten vier Zeilen der Tabelle belegen die Existenz von Länderfamilien (vgl. Castles 1998): Die Subventionen waren während der gesamten Untersuchungsperiode am niedrigsten in der englischsprachigen Länderfamilie, am höchsten in den nordischen Ländern. Die in Kontinental- und Südeuropa gewährten Subventionen befinden sich zwischen diesen beiden Extremen. Noch bemerkenswerter ist der dramatische Niedergang der Subventionen über die Zeit: Mit einer Ausnahme haben alle Staaten in den letzten 25 Jahren ihre

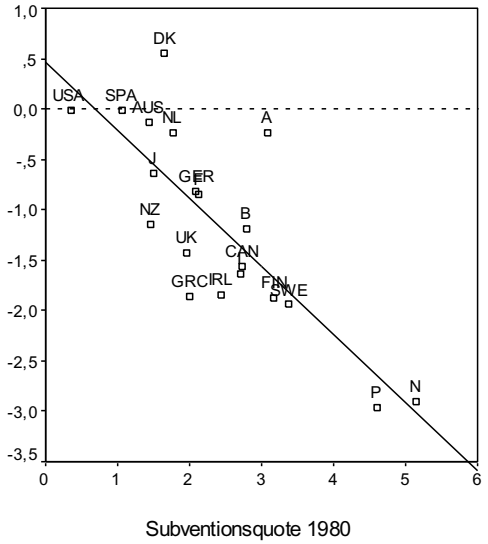
Unterstützungszahlungen an Unternehmen beträchtlich reduziert. Besonders stark fiel die Drosselung der Subventionen in den nordischen Ländern und in Südeuropa aus. Da diese beiden Ländergruppen 1980 die höchsten Subventionsquoten aufwiesen, ist es nicht überraschend, dass sowohl die in Tabelle 1 dargestellten Streuungsmaße als auch das Streudiagramm in **(← p. 210)** Abbildung 2 eine starke Konvergenz nach unten indizieren. Auch die in der rechten Hälfte von Abbildung 2 dargestellte bivariate Regression bestätigt die Existenz von ß-Konvergenz: Der geschätzte Koeffizient für die ursprüngliche Subventionsquote ist nicht nur auf dem 1%-Niveau signifikant, sondern übt auch einen starken Einfluss auf die Veränderung der Subventionsquoten in der Folgezeit aus.

Tabelle 2: Niveau und Veränderung der Subventionsquoten, 1980-2004

	1980	**1990**	**2004**	**Veränderung 1980-1990**	**Veränderung 1990-2004**	**Veränderung 1980-2004**
Australien	1,44	1,32	1,32	-0,12	0,00	-0,13
Belgien	2,79	1,66	1,60	-1,13	-0,06	-1,19
Dänemark	1,65	2,45	2,20	0,80	-0,25	0,55
Deutschland	2,08	2,01	1,27	-0,07	-0,74	-0,81
Finnland	3,16	2,83	1,29	-0,33	-1,55	-1,87
Frankreich	2,13	1,81	1,29	-0,32	-0,52	-0,84
Griechenland	1,99	1,22	0,14	-0,77	-1,08	-1,85
Irland	2,44	1,13	0,59	-1,31	-0,54	-1,85
Italien	2,70	1,88	1,07	-0,82	-0,81	-1,63
Japan	1,50	1,09	0,86	-0,41	-0,24	-0,64
Kanada	2,74	1,48	1,17	-1,26	-0,31	-1,57
Neuseeland	1,46	0,27	0,31	-1,19	0,04	-1,15
Niederlande	1,77	2,25	1,53	0,48	-0,72	-0,24
Norwegen	5,15	4,48	2,25	-0,67	-2,23	-2,90
Österreich	3,09	3,01	2,84	-0,07	-0,17	-0,24
Portugal	4,60	1,73	1,64	-2,88	-0,09	-2,96
Schweden	3,38	3,61	1,44	0,24	-2,18	-1,94
Schweiz	n.a.	3,57	4,26	n.a.	0,69	n.a.
Spanien	1,06	1,06	1,05	0,00	-0,01	-0,01
UK	1,96	0,68	0,53	-1,28	-0,15	-1,43
USA	0,35	0,46	0,34	0,11	-0,12	-0,01
Durchschnitt (OECD 20)*	2,37	1,82	1,24	-0,55	-0,52	-1,14
Durchschnitt englischsprachige Familie	*1,73*	*0,89*	*0,71*	*-0,84*	*-0,18*	*-1,02*
Durchschnitt Kontinentaleuropa	*2,37*	*2,15*	*1,71*	*-0,22*	*-0,44*	*-0,66*
Durchschnitt nordische Länder	*3,33*	*3,34*	*1,79*	*0,01*	*-1,55*	*-1,54*
Durchschnitt Südeuropa	*2,59*	*1,47*	*0,98*	*-1,12*	*-0,50*	*-1,61*

Englischsprachige Nationen: USA, GB, Neuseeland, Australien, Kanada und Irland
Kontinentaleuropa: Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland und Niederlande
Nordische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden
Südeuropa: Griechenland, Italien, Portugal und Spanien
* = ohne die Schweiz.
(← Tabelle 2 p. 209)

Abbildung 2: Veränderung der Subventionsquoten 1980-2004 in Abhängigkeit der Subventionsquote1980



Veränderung 1980-2004 = 0,46 – 0,67 (5,68) Subventionsquote 1980

R^2 = 0,67; n=20; t-Statistik in Klammern.

(← Abbildung 2 p. 210)

2.2 Staatliche Beihilfen in der EU

In diesem Abschnitt fokussieren wir auf die Subventionen in den Mitgliedstaaten der EU. Da die Europäische Kommission Daten für verschiedene Wirtschaftssektoren zur Verfügung stellt, können wir einen differenzierteren Blick auf die jüngste Entwicklung auf diesem Gebiet werfen. Subventionen für die Landwirtschaft und Fischerei spielen in den Ländern der EU traditionell eine besonders prominente Rolle. Aus diesem Grund unterscheidet die EU-Kommission zwischen den gesamten staatlichen Beihilfezahlungen und den staatlichen Beihilfen ohne Landwirtschaft, Fischerei und Transportwesen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Zuwendungen zum Schienenverkehr, die in vielen Mitgliedsländern eine Hauptkomponente öffentlicher Subventionen darstellen, nicht in diesen Zahlen enthalten sind. Allein im Jahre 2004 beliefen sich die Subventionen für den Schienenverkehr in der EU-15 auf 24,7 Mrd. € (EC 2005: 16).[4]

[4] Zum Vergleich: Die gesamten staatlichen Beihilfen in Europa beliefen sich auf € 56,4 Mrd. oder 0,63% des BIP im Jahre 2004.

Tabelle 3: Staatliche Beihilfen in Prozent des BIP in der EU-15, 1992-2004

Land	Gesamte Beihilfen 1992	Beihilfen 1992 ohne Landwirtschaft, Fischerei und Transport	Gesamte Beihilfen 2004	Beihilfen 2004 ohne Landwirtschaft, Fischerei und Transport	Veränderungen der gesamten Beihilfen (1992-2004)**	Veränderungen der Beihilfen ohne Landwirtschaft, Fischerei und Transport (1992-2004)**
Belgien	1,0	0,70	0,30	0,20	-0,70	-0,50
Dänemark	0,40	0,30	0,70	0,50	0,30	0,20
Deutschland	1,6	1,40	0,80	0,70	-0,80	-0,70
Finnland	2,80*	0,50*	1,50	0,40	-1,30	-0,10
Frankreich	0,70	0,40	0,50	0,40	-0,20	0,00
Griechenland	2,2	1,60	0,30	0,20	-1,90	-1,40
Großbritannien	0,30	0,20	0.30	0,20	0,00	0,00
Irland	0,80	0,40	0,70	0,30	-0,10	-0,10
Italien	1,70	1,40	0,50	0,40	-1,20	-1,00
Luxemburg	0,80	0,60	0,30	0,20	-0,50	-0,40
Niederlande	0,40	0,20	0,40	0,20	0,00	0,00
Österreich	1,0*	0,30*	0,60	0,20	-0,40	-0,10
Portugal	0,80	0,50	1,10	0,80	0,30	0,30
Schweden	0,50*	0,30*	1.00	0,80	0,50	0,50
Spanien	0,70	0,40	0,50	0,40	-0,20	0,00
Durchschnitt	**1,04**	**0,61**	**0,63**	**0,39**	**-0,41**	**-0,22**
SA	**0,72**	**0,46**	**0,35**	**0,22**	**0,67**	**0,50**
Spannweite	**2,50**	**1,40**	**1,20**	**0,60**	**-**	**-**
VC	**0,69**	**0,75**	**0,56**	**0,56**	**-**	**-**

* = 1995.
** Österreich, Finnland und Schweden: 1995-2004
Quelle: http://europa.eu.int/comm/competition/state_aid/scoreboard/indicators/k1.html#data (24.1.2006)
(← Tabelle 3 p. 212)

In den frühen 1990er Jahren betrugen die gesamten staatlichen Subventionen in den Mitgliedstaaten im Durchschnitt 1,04% des BIP (siehe Tabelle 3). Erfasst werden dabei Zuwendungen an die Industrie und das verarbeitende Gewerbe sowie Subventionen für Dienstleistungen, Steinkohle, Fischerei, Landwirtschaft und Transport (mit Ausnahme des Schienenverkehrs). Nahezu 60% dieses Betrags oder 0,61% des BIP konzentrierten sich auf die Sektoren Industrie und verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen und Steinkohlebergbau. Diese Durchschnittswerte verbergen allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bezüglich der sektoralen Allokation und des Volumens der staatlichen Beihilfen. 1992 erstreckte sich die Bandbreite des gesamten Beihilfenvolumens von 0,3% des BIP in Großbritannien bis 2,8% des BIP in Finnland. Differenziert nach Sektoren waren in Finnland 80% der gesamten öffentlichen Subventionen in der Landwirtschaft und im Fischereiwesen gebunden, während der entsprechende Anteil in Deutschland nur bei 12% lag. **(← p. 211)**

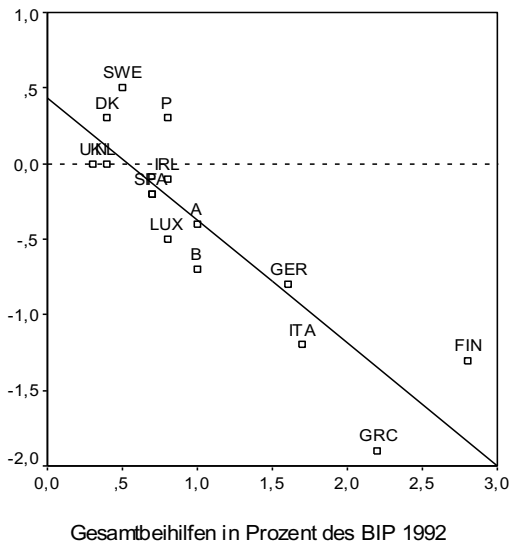
Im Hinblick auf die Veränderungen der Beihilfezahlungen im Zeitverlauf zeigen die von der EU-Kommission zur Verfügung gestellten Daten in Übereinstimmung mit den von der OECD erstellten Subventionsquoten einen substantiellen Rückgang der staatlichen Beihilfezahlungen an. Demnach sanken die gesamten staatlichen Transferzahlungen von 1,04% **(← p. 212)** des BIP im

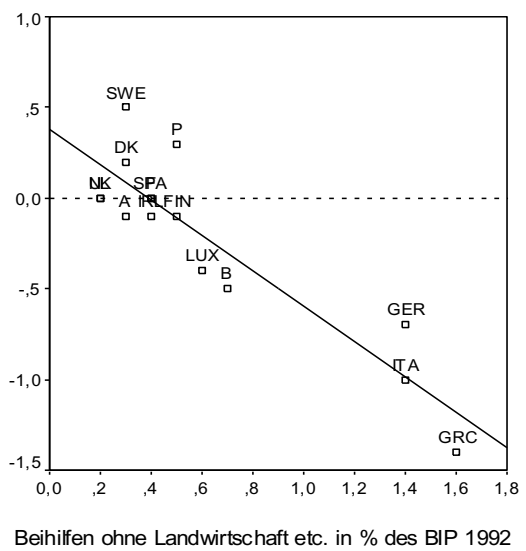
Jahre 1992 auf 0,63% im Jahr 2004. Die Subventionen an die Industrie, den Dienstleistungsbereich und den Steinkohlebergbau fielen innerhalb dieser Periode von 0,61% auf 0,39% des BIP. Insgesamt lag das durchschnittliche Beihilfevolumen in der EU-15 im Jahr 2004 um circa 40% unter dem Niveau von 1992.

Obwohl in den 1990er Jahren in allen Sektoren mit Ausnahme der Landwirtschaft und dem Fischereiwesen Subventionskürzungen durchgesetzt wurden (EC 2001: 24), lohnt es sich, den Rückgang der staatlichen Transferzahlungen in bestimmten Branchen genauer zu beleuchten. So erfolgten etwa im Transportsektor gravierende Kürzungen in Folge der Liberalisierung des Luftfahrtbereichs: Betrugen die Subventionen der Luftfahrtgesellschaften Mitte der 1990er Jahre noch ca. 2,5 Mrd. €, so beliefen sich diese im Jahr 2004 nur noch auf 300 Mio. €. In der Stahlbranche war der Rückgang sogar noch dramatischer, wurden die Beihilfen dort doch von 2 Mrd. € auf 60 Mio. € reduziert. Diese radikalen Kürzungen gehen nicht zuletzt auf die Bemühungen der EG, OECD und WTO zurück, die subventionsbedingten Verzerrungen im internationalen Stahlmarkt einzudämmen. Auch im Steinkohlebergbau und der Schiffbauindustrie lässt sich eine massive, wenngleich etwas weniger drastische Drosselung der Subventionstätigkeit beobachten (EC 2005: 11-19; siehe auch EC 2001: 28ff).

Insgesamt deuten also auch die Daten der EU-Kommission auf einen substantiellen Abbau staatlicher Beihilfen binnen eines relativ kurzen Zeitraumes hin. Analog zur oben beschriebenen Entwicklung der Unternehmenssubventionen in der OECD-Welt wurde in Europa der Abwärtstrend von Konvergenz begleitet. Die letzten Zeilen von Tabelle 3 zeigen einen deutlichen Rückgang aller Streuungsmaße im Zeitverlauf. Zusätzlich zur σ-Konvergenz deutet Abbildung 3 auch auf ß-Konvergenz hin: Die stärksten Kürzungen wurden demnach in jenen Ländern durchgeführt, die in den frühen 1990er Jahren die höchsten Beihilfen gewährt hatten. Dieser Effekt ist außerordentlich stark und erklärt ca. 80% der Varianz der Veränderung der Subventionszahlungen in Europa.

Abbildung 3: Veränderung staatlicher Beihilfen 1992-2004 in Abhängigkeit vom Niveau staatlicher Beihilfen 1992





Veränderung (1992-2004) = 0,437 – 0,813 (6,58) Staatliche Gesamtbeihilfen 1992; R^2 = 0,77; n = 15; t-Statistik in Klammern	Veränderung (1992-2004) = 0,379 - 0,976 (7,48) Staatliche Beihilfen 1992; R^2 = 0,81; n = 15; t-Statistik in Klammern

(← Abbildung 3 p. 214)

Dieser bemerkenswerte Abbau der staatlichen Beihilfen erfolgte hauptsächlich in den 1990er Jahren. In den letzten Jahren war hingegen dem Subventionsabbau kein weiterer Erfolg beschieden. Die Mitgliedstaaten haben ihre Subventionen eher umstrukturiert bzw. umgelenkt – von der Unterstützung individueller Unternehmen bzw. Sektoren hin zu so genannten horizontalen Zielen wie Energiesparen und Umweltschutz, regionale wirtschaftliche **(← p. 213)** Entwicklung, Forschung und Entwicklung, Beschäftigungsförderung und der Förderung Kleiner und Mittelständischer Unternehmen. Für diese Zwecke wurde in der EU-15 im Jahr 2004 ca. 84% der gesamten staatlichen Beihilfen (ohne Landwirtschaft, Fischerei und Transport) ausgegeben, während der entsprechende Anteil Mitte der 1990er Jahre nur bei ungefähr 50% lag (EC 2005: 21).

3. Bestimmungsfaktoren der Subventionsausgaben in der OECD: Hypothesen und empirische Befunde

In diesem Abschnitt untersuchen wir die Bestimmungsfaktoren des Niveaus und der Veränderungen der Subventionsausgaben in den letzten 25 Jahren. Unter Bezugnahme auf die wichtigsten Schulen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung entwickeln wir zunächst einige Hypothesen, die die Unterschiede in den Niveaus und der Veränderung der Subventionsquoten in

entwickelten OECD-Demokratien erklären können. Anschließend unterziehen wir diese Hypothesen mit den oben dargestellten Daten der OECD einem empirischen Test.

3.1. Hypothesen und Indikatoren

Politikerbe

Wie bereits Richard Rose (1990: 263) beobachtet hat, wird die Dispositionsfähigkeit von Politikern durch das Politikerbe der Vergangenheit stark begrenzt. Folglich ist es mitunter schwierig, einen in der Vergangenheit eingeschlagenen Politikpfad zu verlassen. Dies dürfte auch für staatliche Beihilfezahlungen gelten. Subventionen werden zumeist auf einer mittelfristigen Basis gewährt und können deshalb häufig nicht kurzfristig gekürzt werden. Darüber hinaus können kurzfristige Änderungen des Subventionsvolumens schwerwiegende, nicht intendierte Wirkungen besitzen – eine Befürchtung, die Regierungen dazu veranlassen könnte, von radikalen und kurzfristigen Maßnahmen abzusehen. Mit Blick auf den Subventionsabbau argumentierte selbst die Europäische Kommission, „that, like drug withdrawal, it is dangerous to cut the dose overnight" (Wilks 2005: 123). Wir erwarten also, dass das gegenwärtige *Niveau* der Subventionsquoten positiv mit dem Ausmaß von Subventionen in der Vergangenheit korreliert.
Auf der anderen Seite hat der vorige Abschnitt deutlich gezeigt, dass die Subventionsquoten starker Konvergenz unterliegen. Wir nehmen daher **(← p. 215)** an, dass Länder, die in der Vergangenheit in hohem Maße Subventionen gewährt haben, ihre Zahlungen weniger stark erhöht bzw. stärker gekürzt haben als Länder mit einem niedrigeren Ausgangsniveau. Mit anderen Worten erwarten wir eine negative Beziehung zwischen dem ursprünglichen Niveau der Subventionierung und der *Veränderung* der Subventionsquoten im Zeitverlauf.

Sozio-ökonomische Veränderungen

Funktionalistische Theorien der Staatstätigkeitsforschung führen einen Politikwechsel auf dringliche wirtschaftliche Herausforderungen und Strukturveränderungen zurück. Dieser Ansatz erscheint uns auch für die Erklärung der öffentlichen Unterstützung von Unternehmen aus mehreren Gründen ertragreich zu sein. Erstens kann argumentiert werden, dass der Prozess der De-Industrialisierung insofern einen Einfluss auf die Entwicklung der Subventionszahlungen ausüben sollte, als traditionell ein erheblicher Teil der Subventionen an die verarbeitende Industrie gezahlt wurde, die nun im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels einem

Schrumpfungsprozess unterliegt. Kurzfristig könnte De-Industialisierung daher zu einem Ausbau der Beihilfezahlungen führen, um den Strukturwandel „abzufedern". Mittelfristig allerdings, wenn nämlich der Strukturwandel vollzogen wurde, könnte De-Industrialisierung auch mit einem Abbau von Subventionszahlungen einhergehen. Dann würde gelten, dass die Subventionsquoten umso geringer sein sollten, je stärker De-Industrialisierung fortgeschritten ist. Zur Überprüfung dieser Hypothese verwenden wir den De-Industrialisierungsindikator von Iversen und Cusack (2000: 331f.)[5] zu verschiedenen Zeitpunkten.

Zweitens könnten Regierungen, die mit geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, auf die Ratschläge angebotsorientierter Ökonomen zurückgreifen, die den wirtschaftspolitischen Diskurs seit den 1980er Jahren dominieren (Hall 1993; Boix 1998). Aus dieser Sicht ist es notwendig, den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft so weit wie möglich zurückzudrängen, um so Anreize für ökonomische Aktivitäten der privaten Wirtschaftssubjekte zu entfachen, wodurch über die Entfesselung der Marktkräfte ein höheres Wachstum und steigende Beschäftigung induziert würde. Subventionen sind aus dieser Perspektive insofern problematisch, als sie das Anpassungspotenzial einer Volkswirtschaft reduzieren **(← p. 216)** und über Wettbewerbsverzerrungen zu einer ineffizienten Allokation von Ressourcen führen. Deshalb schlagen viele Ökonomen vor, Subventionen drastisch zu kürzen. Regierungen werden wahrscheinlich dann geneigt sein, solchen Ratschlägen zu folgen, wenn sie mit einem hohen ökonomischen Problemdruck konfrontiert sind. Wir erwarten also einen positiven Effekt von wirtschaftlichem Wachstum und einen negativen Effekt von Arbeitslosigkeit auf die Subventionsquoten, da niedriges Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit die Bereitschaft einer Regierung erhöhen sollten, wachstumsfördernde Maßnahmen – Subventionskürzungen eingeschlossen – in Gang zu setzen.[6] Wir verwenden für die empirische Analyse die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten zwischen 1973 und 1980, 1980 und 1990, 1990 und 2003 bzw. 1980 und 2003 sowie die jeweiligen Veränderungen zwischen diesen Perioden (Quelle: *OECD Labour Force Statistics*, verschiedene Ausgaben). Die Wachstumsraten stammen aus den *OECD Historical Statistics* und dem *Penn World Table 6.1*.

Drittens können die öffentlichen Finanzen die Subventionspolitik beeinflussen. Eine Regierung, die mit hoher Staatsverschuldung und/oder einem hohen Haushaltsdefizit konfrontiert ist, wird nach Optionen suchen, dieses Problem zu bewältigen. Da Subventionen zumeist als ineffizientes wirtschaftspolitisches Instrument angesehen werden und Steuererhöhungen ebenso wie

[5] Dieser Index ist wie folgt definiert: „100 minus the sum of manufacturing and agricultural employment as a percentage of the working-age population".

[6] Der entgegengesetzte Effekt ist jedoch ebenfalls denkbar. Wirtschaftliche Schwierigkeiten könnten das Subventionsniveau erhöhen, beispielsweise wenn alte Industriezweige mit Subventionen im Markt gehalten werden.

Kürzungen in anderen Ausgabenbereichen (z.B. Sozialpolitik) unpopulär sind, dürften Regierungen Subventionen vor allem dann einschränken, wenn Ausgabenkürzungen infolge einer angespannten Haushaltslage als unvermeidlich wahrgenommen werden. Deshalb sollten das Niveau der Subventionsquoten und die Veränderungen der Subventionsquoten negativ mit der Staatsverschuldung am Beginn des jeweiligen Untersuchungszeitraums (1970, 1980, 1990; Quelle: *OECD Economic Outlook*, verschieden Ausgaben) korrelieren. Wie bereits erwähnt, ist theoretisch auch ein Zusammenhang zwischen dem Haushaltsdefizit und Subventionsausgaben denkbar. Weil die Richtung der Kausalität aber nicht zweifelsfrei festzustellen ist – hohe Subventionsausgaben können Defizite hervorrufen, während Defizite Ausgabenkürzungen erzwingen können – haben wir darauf verzichtet, Haushaltsdefizite als unabhängige Variable zu verwenden. Stattdessen haben wir die durchschnittlichen öffentlichen Zinszahlungen auf Staatsschulden zwischen 1980 und 1990 bzw. zwischen **(← p. 217)** 1990 und 1999 verwendet (Quelle: *OECD Economic Outlook*, verschieden Ausgaben). Die Hypothese lautet, dass Regierungen, die hohe Zinszahlungen zu leisten haben, wahrscheinlich einem höheren Druck zu Ausgabenkürzungen ausgesetzt sind (Castles 2006), sodass wir einen negativen Zusammenhang zwischen Höhe der Zinszahlungen und Subventionsausgaben postulieren.

Politische Parteien

Die Parteiendifferenztheorie argumentiert, dass die Position von politischen Parteien zu Staat und Markt traditionell eine elementare Trennscheide zwischen linken und bürgerlichen Parteien bildet (v. Beyme 2000: 89). Während bürgerliche Parteien in der Wirtschaftspolitik Marktlösungen bevorzugen, betonen linke Parteien eine aktive Rolle des Staates für eine funktionierende und stabile Wirtschaft (M. Schmidt 2002). Da Subventionen zweifellos ein interventionistisches wirtschaftspolitisches Instrument darstellen, erwarten wir, dass linke Regierungen ein höheres Subventionsniveau bevorzugen bzw. einem umfangreichen Subventionsabbau skeptisch gegenüberstehen. Umgekehrt ist zu erwarten, dass rechte Parteien nicht nur für ein niedrigeres Niveau an staatlicher Unterstützung, sondern auch für weitreichende Subventionskürzungen eintreten.
Wir messen die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung über den Kabinettssitzanteil, den unterschiedliche Parteienfamilien im Beobachtungszeitraum einnahmen. Als linke Parteien wurden sozialdemokratische, sozialistische und (post-)kommunistische Parteien klassifiziert, während liberale, konservative und nicht-christdemokratische Parteien als rechte Parteien

kategorisiert wurden. Rechte Parteien zusammen mit christdemokratischen Parteien wurden als bürgerliche Parteien klassifiziert.[7]

Politisch-institutionelle Bestimmungsfaktoren

Die vergleichende Staatstätigkeitsforschung hat gezeigt, dass politische Institutionen vielfältigen Einfluss auf Staatstätigkeit ausüben, indem sie Akteurskonstellationen, Akteursstrategien und Interaktionsformen zwischen Akteuren konfigurieren. Die Subventionspolitik sollte keine Ausnahme von dieser Regel darstellen. So nimmt gemäß der Vetospielertheorie (Tsebelis 2002) die Schwierigkeit, den Status quo zu ändern, mit zunehmender Anzahl von Vetospielern zu. Steigt nämlich die Zahl der Vetospieler, wird es wahrscheinlicher, **(← p. 218)** dass zumindest einer dieser Akteure eine Veränderung des Status quo mit einem Veto belegt, entweder aufgrund einer inhaltlich abweichenden Position oder weil wichtige politische Verbündete, Interessengruppen oder maßgebliche Teile des Elektorats die Reform ablehnen, was ein Veto aus wahltaktischen Gründen opportun macht. Hoher institutioneller Pluralismus erzeugt daher eine Verzerrung zugunsten des Status quo. Daher erwarten wir, dass *Veränderungen* der Subventionsquoten in politischen Systemen mit vielen mächtigen Vetospielern schwerer zu bewerkstelligen sind als in politischen Systemen mit permissiver Verfassung. Gleichzeitig erwarten wir, dass das *Niveau* der Subventionsquoten in politischen Systemen mit vielen Vetoakteuren, in denen Akteure ceteris paribus mehr Schwierigkeiten haben, Subventionen zu erhöhen als beispielsweise in Westminster-Systemen, niedriger ist. Für die empirische Überprüfung dieser Hypothesen greifen wir auf den Index zu gegenmajoritären Institutionen von Manfred G. Schmidt (2000: 352) zurück.

Interessengruppen

Der Nutzen staatlicher Subventionen konzentriert sich typischerweise auf diejenigen Firmen und ihre Mitarbeiter, welche die Subventionen erhalten, während die Kosten (hinsichtlich der dafür aufzubringenden finanziellen Mittel) auf die gesamte Wählerschaft verteilt sind. Wir können also annehmen, dass die Art und Weise, wie Interessengruppen in den wirtschaftspolitischen Willensbildungsprozess eingebunden sind, die Subventionspolitik von Regierungen mit beeinflusst.
Umfassende Interessengruppen, die die externen Kosten ihres Verhaltens internalisieren, werden wahrscheinlich eine ökonomisch verantwortungsvollere Politik verfolgen als kleine, gut organisierte Gruppen, die nur auf die kurzfristigen Vorteile ihrer Anhängerschaft bedacht sind, die

[7] Entsprechende Daten wurden uns freundlicherweise von Manfred G. Schmidt zur Verfügung gestellt.

Kosten jedoch auf die breite Öffentlichkeit externalisieren (Olson 1982). Darauf aufbauend kann die Hypothese abgeleitet werden, dass das Subventionsniveau in korporatistischen Ländern aufgrund der dort typischen umfassenden Interessenorganisationen niedriger ist als in Ländern, in denen Lobbyaktivitäten kleiner, aber gut organisierter Gruppen die Interessenvermittlung dominieren. Allerdings waren und sind die ökonomischen Wirkungen von Subventionen umstritten (vgl. Thöne 2003: 16-24), und es herrscht wahrscheinlich sogar Konsens darüber, dass Subventionen unter bestimmten Umständen, in bestimmten Sektoren und für einen bestimmten Zeitraum durchaus sinnvoll sein können (kontrovers sind hierbei natürlich die konkreten Umstände, die Sektoren und zeitliche Dauer der Subventionsgewährung). Gegebenenfalls werden deshalb auch umfassende Interessenorganisationen **(← p. 219)** für höhere Subventionen votieren. Angesichts ihres direkteren Zugangs zur Politikgestaltung in Ländern mit korporatistischer Interessenvermittlung ist daher die Annahme plausibel, dass korportatistische Interessenvermittlungssysteme höhere Subventionsquoten aufweisen bzw. einen Abbau solcher Zahlungen erschweren. Für die Überprüfung dieser Hypothesen verwenden wir Siaroffs (1999) Korporatismusindex.

Externe Herausforderungen

In Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung ist die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik in wachsendem Maße der Kontrolle durch die internationalen Kapitalmärkte ausgesetzt (Siebert 1998: 44), sodass wirtschaftspolitischer Glaubwürdigkeit eine zunehmende Rolle im internationalen Standortwettbewerb zukommt (Freitag 2001). Vor diesem Hintergrund könnten sich Regierungen veranlasst sehen, einen orthodoxen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, der auch Subventionskürzungen miteinschließen könnte. Zusätzlich kann eine Reduzierung der Subventionen die Budgetposition einer Regierung verbessern, die wiederum von zentraler Bedeutung für die Reaktionen der internationalen Finanzmärkte ist (Mosley 2000). Das Ausmaß und die Veränderung der Subventionsquoten (im Sinne eines Ausbaus) sollten also negativ mit dem Niveau der Handels- und Kapitalmarktoffenheit eines Landes in Beziehung stehen.[8] Wir messen die Außenhandelsoffenheit eines Landes mittels der durchschnittlichen Außenhandelsquote über verschiedene Perioden (Summe aus Importen und Exporten in Relation zum BIP; Daten nach Armingeon et al. 2005), während die Daten für Kapitalmarktoffenheit in den Jahren 1980, 1990 und 1993 von Quinn (1997) stammen.

[8] Gleichwohl kann ebenso argumentiert werden, dass Globalisierung höhere Subventionsausgaben induziert, weil Regierungen versucht sein könnten, ausländische Direktinvestitionen mit Hilfe staatlicher Beihilfen ins Land zu locken.

Auch aus einer EU-Mitgliedschaft dürften Effekte auf die Subventionspolitik resultieren. Mindestens zwei Einflusskanäle können hierbei unterschieden werden: Erstens betreibt die Europäische Kommission zumindest in formeller Hinsicht ein strenges Beihilferegime. Artikel 87 Abs. l des EG-Vertrags schreibt vor, dass „staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar [sind], soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen." Obwohl **(← p. 220)** Artikel 87 Abs. 2 und 3 EGV etliche Ausnahmen zulässt, befindet sich die Europäische Kommission formal in einer starken Position: Staatliche Transferzahlungen müssen von der Kommission explizit genehmigt werden, außerdem kann sie beschließen, dass die Mitgliedstaaten solche Subventionen abschaffen müssen, die als unvereinbar mit dem Binnenmarkt gelten (Artikel 88 Abs. 2 und 3 EGV). Während die tatsächliche Politik der Kommission bis in die 1980er Jahre als „pragmatic neglect" charakterisiert werden kann, nahm sie seit Mitte der 1980er Jahre „a much more rigorous line towards subsidies" ein (McGowan 2000: 129, 131). Stephen Wilks (2005: 123) argumentiert sogar, dass „the state aid regime has chalked up significant successes and has consolidated an historic move away from state subsidization of industry". Da das Beihilferecht auch im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gilt, könnte sein begrenzender Einfluss sogar noch über die EU hinausreichen.

Zweitens sind aus den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages Feedbackeffekte auf die Subventionspolitik zu erwarten. Europäische Regierungen, die 1999 den Beitritt zur Währungsunion anstrebten, mussten im Jahr 1997 ein Haushaltsdefizit von unter 3% des BIP aufweisen. Das im Stabilitäts- und Wachstumspakt fortgeschriebene Defizitkriterium setzte damit zumindest jene Regierungen unter fiskalischen Anpassungsdruck, die Gefahr liefen, dieses Ziel zu verfehlen. Aus diesen Gründen erwarten wir einen negativen Effekt einer EU-, EWR- oder EWU-Mitgliedschaft auf das Niveau und die Veränderung der Subventionsquoten. Der Einfluss einer EU-, einer EWR- und einer EWU-Mitgliedschaft wird mit Dummyvariablen in den einzelnen Perioden untersucht.

3.2. Empirische Analyse

Wir analysieren die Determinanten der Unterschiede in den Subventionsquoten der OECD-Staaten auf zwei Wegen: Zum einen betrachten wir das *Niveau* der Subventionsquoten zu drei verschiedenen Zeitpunkten (1980, 1990, 2004), zum anderen untersuchen wir die *Veränderung* der

Subventionsquoten in den OECD-Ländern zwischen diesen drei Zeitpunkten, d.h. in den Perioden 1980-1990, 1990-2004 und 1980-2004.

Tabelle 4: Determinanten des Niveaus der Subventionsquoten in den OECD-Ländern (1980, 1990, 2004)

Abhängige Variable: Subventionen als Anteil am BIP								
	1980			1990			2004	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Konstante	2,270** (2,841)	3,025*** (6,106)	2,998*** (5,691)	--1,054*** (3,162)	2,207*** (5,253)	0,692 (1,189)	-0,482 (1,492)	-0,554 (0,821)
Subventionsquote 1960/ frühe 1960er Jahre	0,456** (2,449)							
Subventionsquote 1980				0,445*** (4,448)	0,443*** (4,395)	0,403*** (4,964)		
Subventionsquote 1990							0,663*** (6,078)	0,674*** (4,646)
Kabinettssitzanteil linker Parteien (1950-1980)	0,023*** (3,662)							
Kabinettssitzanteil bürgerlicher Parteien (1950-1980)		-0,029*** (5,143)						
Kabinettssitzanteil rechter Parteien (ohne Christdemokraten) (1950-1980)			-0,017*** (4,065)					
Kabinettssitzanteil rechter Parteien (ohne Christdemokraten) (1950-1990)					-0,017*** (4,459)	-0,010** (2,640)		
Kabinettssitzanteil bürgerlicher Parteien (1950-2004)								0,001 (0,122)
BIP pro Kopf (Durchschnitt 1960-80)	-0,0001 (1,542)							
Reales Wirtschaftswachstum (1973-79)		0,480*** (3,658)	0,391** (1,897)					
Institutionen (Schmidt)			-0,358*** (3,044)				0,247*** (2,877)	0,240** (2,334)
Korporatismus (1980er Jahre)				0,590*** (5,607)		0,345*** (3,187)		
Durchschnittliche Zinszahlungen (1980-90)					-0,189*** (4,621)	-0127*** (3,354)		
R^2	0,766	0,689	0,680	0,832	0,849	0,910	0,708	0,708
Adj. R^2	0,712	0,647	0,612	0,812	0,821	0,886	0,675	0,657
N	17†	18#	18#	20††	20††	20††	21	21

Anmerkungen: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten; t-Statistik in Klammern. * p≤ 0,10; ** p≤ 0.05; *** p≤ 0,01; † = Dänemark, Portugal, Spanien und die Schweiz wurden wegen fehlender Daten zu den Subventionsquoten in den 1960er Jahren bzw. den 1980er Jahren (Dänemark, Schweiz) oder aufgrund autoritärer Regime bis in die 1970er Jahre (Portugal, Spanien) ausgeschlossen; # = Portugal, Spanien und die Schweiz wurden wegen fehlender Daten über die Subventionsquoten in den 1980er Jahren (Schweiz) oder aufgrund autoritärer Regime bis in die 1970er Jahre (Portugal, Spanien) ausgeschlossen; †† = Die Schweiz blieb wegen fehlender Daten zur Subventionsquote im Jahr 1980 unberücksichtigt. Datenquellen: siehe Text.
(← Tabelle 4 p. 222, 223)

Tabelle 4 zeigt, dass politische Variablen zur Erklärung der Variation der Subventionsquoten in der OECD-Welt wesentlich beitragen: Zunächst finden wir einen signifikanten Parteieneffekt auf das Niveau der Subventionsquoten in den 1980er Jahren. Linke Regierungen weisen systematisch höhere Ausgaben für Subventionen (Gleichung 1) auf als rechte **(← p. 221)** Kabinette, unabhängig davon, ob christdemokratische Parteien als rechte Parteien klassifiziert werden (2) oder nicht (3). Zusätzlich finden wir einen bremsenden Effekt eines hohen institutionellen Pluralismus: Je höher die Anzahl der Vetospieler in einem Land ist, desto geringer ist das

Subventionsvolumen. Der geschätzte Koeffizient unterschreitet zwar in manchen Spezifikationen nicht die gängigen statistischen Signifikanzschranken, in den meisten Fällen liegt aber das Signifikanzniveau nur leicht darüber. Auch die Verwendung anderer Indikatoren für institutionellen Pluralismus ändert nichts an diesem Befund.

Wir könnnen überdies bedeutende Trägheitsmomente des Politikerbes der Vergangenheit identifizieren, da die Subventionsquoten am Beginn der Untersuchungsperiode den erwartet positiven Einfluss auf spätere Ausgabenniveaus ausüben. Schließlich zeigt sich, dass höhere Wirtschaftswachstumsraten mit höheren Subventionsquoten korrespondieren.

Die Ergebnisse für das Niveau der Subventionsquoten im Jahr 1990 decken sich nur teilweise mit denen für das Ausgabenniveau 1980. Wieder finden wir einen positiven Einfluss des früheren Ausgabenniveaus und signifikante Parteieneffekte, obwohl letztere ein wenig schwächer sind als zuvor. Der negative Effekt rechter Parteien bleibt überdies nur dann signifikant, wenn Christdemokraten (also die hinsichtlich der Wirtschaftspolitik interventionsfreundlichsten bürgerlichen Parteien) ausgeschlossen werden. Der im Vergleich zu 1980 schwächere Parteieneffekt kommt allerdings insofern nicht übermäßig überraschend, als die Subventionsquoten im Jahr 1980, die einen großen Teil der Subventionsquoten von 1990 erklären, selbst zu einem hohen Anteil von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung geprägt sind.[9]

Im Gegensatz zu den Befunden für das Jahr 1980 ist nun der Effekt von politischen Institutionen insignifikant. Gleiches gilt für das Wirtschaftswachstum. Auf der anderen Seite üben nun zwei andere Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Subventionsquote aus, nämlich die finanzielle Position der Regierung und das System der Interessenvermittlung. Je geringer die Zinszahlungen waren, die eine Regierung zwischen 1980 und **(← p. 224)** 1990 für die Staatsschulden zu leisten hatte, und je stärker Interessengruppen in den wirtschaftspolitischen Willensbildungsprozess integriert waren, desto höhere Subventionen wurden von den Regierungen gewährt.

Das Muster ändert sich erneut für das Niveau der Subventionsquoten im Jahr 2004: Während der Effekt des Politikerbes weiterhin signifikant bleibt, lässt sich weder ein signifikanter Effekt für die parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung noch für das System der Interessenvermittlung nachweisen. Eliminiert man die Politikerbevariable aus der Regression, stellen sich diese Effekte jedoch wieder ein. Das Vorzeichen der Koeffizienten für den institutionellen Pluralismus hat sich gegenüber 1980 sogar umgekehrt und ist nun positiv. Länder mit hoher

[9] Die dargestellten Determinanten der Subventionsniveaus von 1990 und 2004 ändern sich mit Ausnahme der im Text diskutierten Fälle nicht substantiell, wenn das Subventionsniveau der Vorgängerperiode aus den Gleichungen entfernt wird. Die einzige nennenswerte Veränderung ist, dass die Korporatismusvariable in den 1990er Jahren einen positiven und signifikanten Einfluss auf das Subventionsniveau 2004 ausübt. Da sich aber der Trend bei den Subventionsausgaben während des Untersuchungszeitraums gedreht hat, halten wir die Inklusion des Subventionsniveaus der Vorgängerperiode für zwingend.

Vetospielerdichte wiesen also 2004 höhere Subventionsquoten auf als Länder mit wenigen Vetospielern.

Für alle anderen unabhängigen Variablen, für die wir Hypothesen formuliert hatten, erhielten wir insignifikante Schätzergebnisse. Dies betrifft Variablen wie De-Industrialisierung, Arbeitslosigkeit, BIP pro Kopf, Wirtschaftswachstum (ausgenommen 1980), die Staatsverschuldung[10] und die Zinslasten (außer 1990). Unterschiede in der Weltmarktintegration üben ebenfalls keinen unmittelbaren Effekt auf das Niveau der Subventionsquoten aus, und zwar weder im Handels- noch im Finanzbereich. Vielleicht etwas überraschend finden wir auch keinen Einfluss einer EU- oder EWR-Mitgliedschaft – trotz des strengen Kontrollverfahrens für staatliche Beihilfen – und einer Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion.

Insgesamt lassen die Ergebnisse für das Subventionsvolumen vermuten, dass sich zwischen 1980 und 2004 in diesem Politikfeld grundlegende Veränderungen vollzogen haben: Während sich das Niveau der Subventionsquoten 1980 noch maßgeblich mit der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung und der nationalen Institutionenordnung erklären lässt, sind die Effekte dieser Variablen entweder im Zeitverlauf verschwunden (politische Parteien) oder haben die Einflussrichtung verändert (Institutionen). Um dieses Puzzle näher zu beleuchten, wenden wir uns nun den Bestimmungsfaktoren der Veränderung der Subventionsquoten seit 1980 **(← p. 225)** zu. Die entsprechenden Regressionsergebnisse sind in Tabelle 5 zusammengefasst.

Das zentrale Ergebnis für alle drei analysierten Perioden lautet, dass sich die Subventionsquoten innerhalb der OECD-Welt einander angenähert haben. Die hoch signifikanten negativen Koeffizienten der Subventionsquoten am Beginn der jeweiligen Untersuchungsperioden deuten auf starke β-Konvergenz hin. Die massivsten Subventionskürzungen erfolgten also in jenen Ländern, wo die Subentionstätigkeit der öffentlichen Hand am stärksten ausgebaut war. Damit untermauern die multivariaten Regressionen die in Abschnitt 2 präsentierten deskriptiven Statisiken, die auf starke Angleichungspozesse nach unten hingedeutet haben.

[10] Dieses Ergebnis mag vor dem Hintergrund überraschen, dass vergleichenden Fallstudien zufolge der Subventionsabbau durchaus von Regierungen unter Konsolidierungsdruck vorangetrieben wurde (vgl. Thöne 2003 sowie Wagschal/Wenzelburger 2006). Allerdings gilt das eben nicht für alle Länder, da es in einigen auch zu Subventionskürzungen kam, ohne dass der Konsolidierungsdruck groß war. Daher scheint Konsolidierungsdruck zumindest keine notwendige Bedingung für Subventionskürzungen zu sein (vgl. Thöne 2003: 133).

Tabelle 5: Determinanten der Veränderung der Subventionsquoten in den OECD-Ländern (1980-1990, 1990-2004, 1980-2004)

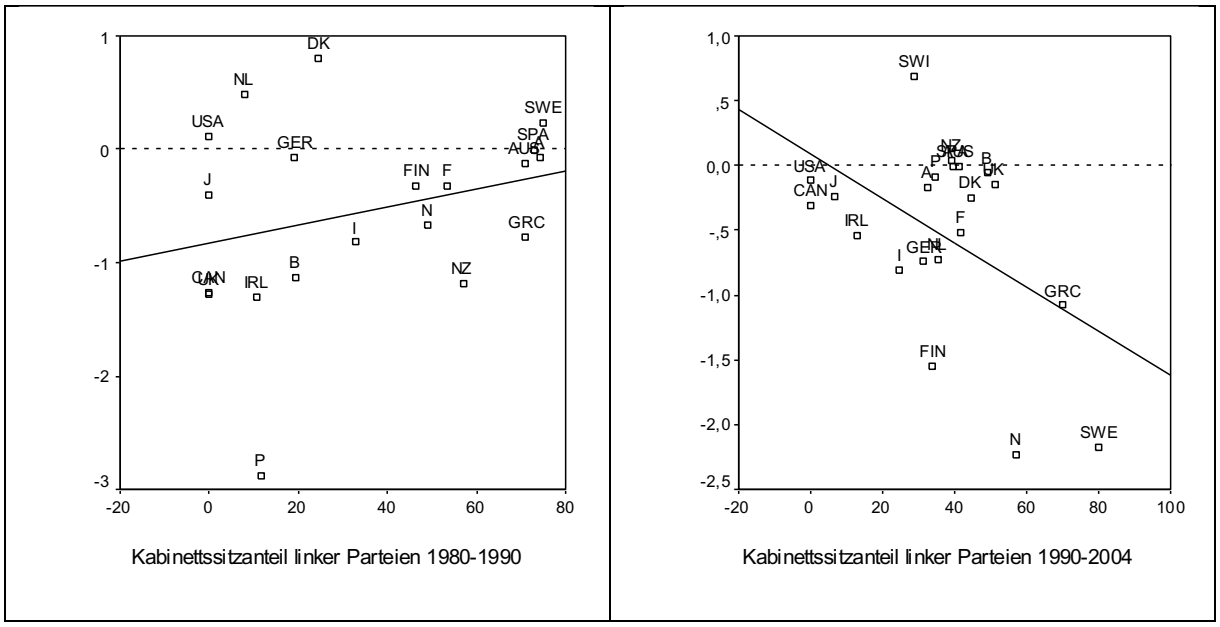
Abhängige Variable: Veränderung der Subventionsquoten							
	1980-90			1990-2004		1980-2004	
	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)
Konstante	-1,05*** (3,162)	1,548*** (3,433)	-2,935*** (2,201)	-0,482 (1,492)	-0,706 (1,378)	-0,369 (1,105)	-0,725 (1,476)
Subventionsquote 1980	-0,555*** (5,544)	-0,416*** (3,613)	-0,559*** (7,114)			-0,818*** (8,167)	-0,759*** (6,448)
Subventionsquote 1990				-0,337*** (3,089)	-0,313** (2,623)		
Kabinettssitzanteile rechter Parteien (ohne Christdemokraten) (1980-1990)		-0,011** (2,608)					
Kabinettssitzanteile bürgerlicher Parteien (1950-1990)			-0,013*** (3,218)				
Kabinettssitzanteile bürgerlicher Parteien (1990-2004)					0,004 (0,570)		
Kabinettssitzanteile linker Parteien (1980-2004)							0,003 (0,468)
Institutionen (Schmidt-Index)				0,247*** (2,877)	0,220** (2,212)		0,116 (1,062)
Korporatismus (1980er)	0,590*** (5,607)		0,429*** (5,281)			0,380*** (3,609)	0,331** (2,784)
Durchschnittliche Zinszahlungen (1980-90)		-0,176*** (3,455)	-0,067** (2,148)				
Deindustrialisierungsgrad 1980			0,044** (2,597)				
R^2	0,724	0,609	0,891	0,510	0,519	0,797	0,812
Adj. R^2	0,691	0,536	0,852	0,456	0,434	0,773	0,761
N	20†	20†	20†	21	21	20†	20†

Anmerkungen: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten; t-Statistik in Klammern.. * p≤ 0.10; ** p≤ 0,05; *** p≤ 0,01; †= ohne Schweiz wegen fehlender Daten zur Subventionsquote im Jahr 1980. Datenquelle: siehe Text.

(← Tabelle 5 p. 226)

Die Ergebnisse für die politischen Variablen sind durchwachsen: Zwar finden wir den erwarteten negativen Einfluss rechter (nicht notwendigerweise bürgerlicher) Parteien auf die Veränderung der Subventionsquoten für den Zeitraum von 1980 bis 1990. Dies impliziert, dass rechte Parteien in den 1980er Jahren Subventionen weniger erhöhten bzw. stärker gekürzt haben als ihre linke Konkurrenz. Diese Parteienunterschiede verschwinden allerdings für die Zeiträume von 1990 bis 2004 und von 1980 bis 2004. Für die erstgenannte Periode ändern sich für beide Parteienfamilien sogar die Vorzeichen der geschätzten Koeffizienten. Demnach haben linke Parteien Subventionen zwischen 1990 und 2004 ceteris paribus stärker gekürzt als rechte Parteien. Offenkundig setzte der Subventionsabbau zuerst, d.h. in den 1980 Jahren, in bürgerlich regierten Ländern ein, während Linksregierungen erst in den 1990er Jahren auf diesen Kurs einschwenkten. Dies ist in Abbildung 4 graphisch dargestellt. Diese Effekte sind in der multivariaten Analyse allerdings nicht signifikant.

Abbildung 4: Kabinettssitzanteile linker Parteien und Veränderungen der Subventionsquoten 1980-90/1990-2004



(← Abbildung 4 p. 228)

Im Gegensatz dazu finden wir für die Periode zwischen 1990 und 2004 einen signifikant positiven Koeffizienten für den Schmidt-Index der gegenmajoritären Institutionen. Demnach haben Länder mit vielen Vetospielern die Subventionen weniger gekürzt als Länder mit wenigen Vetospielern. Der dritte signifikante politische Bestimmungsfaktor der Veränderung der Subventionsquoten ist ein korporatistisches System der Interessenvermittlung, welches einen positiven Einfluss auf die Veränderungen der Subventionen zwischen 1980 und 1990 sowie zwischen 1980 und 2004 ausübt. Ökonomischer Problemdruck hat den Abbau der Subventionen in den 1980er Jahren dagegen nur in Form hoher Zinszahlungen forciert. Offenkundig übten die hohen Zinszahlungen, mit denen hoch verschuldete Länder gerade in den 1980er Jahren wegen der sehr hohen Zinsen konfrontiert **(← p. 227)** waren, Druck auf die Subventionsausgaben aus (Castles 2006). Dagegen führte eine weit fortgeschrittene De-Industrialisierung in den 1980er Jahren zu höheren Subventionsausgaben, die den Strukturwandel abfedern sollten.

Ähnlich wie bei der Analyse des Niveaus der Subventionsquoten bleibt auch für die Erklärung der Veränderungen der Subventionsquoten eine Reihe von Variablen insignifikant. Dies trifft nicht nur für die meisten sozioökonomischen Variablen (mit Ausnahme der Zinszahlungen und der De-Industrialisierung in den 1980er Jahren), sondern auch für alle Indikatoren der wirtschaftlichen Globalisierung und der Europäischen Integration zu.

4. Diskussion

In den letzten 25 Jahren kam es in den OECD-Ländern zu einem drastischen Subventionsabbau, der von einer Konvergenz der Subventionsquoten begleitet wurde. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass Parteiendifferenzen abgenommen haben, wenn sie nicht gar ganz verschwunden sind. Während rechte Regierungen in den 1980er Jahren noch weniger Geld für Unternehmenssubventionen als Linksregierungen ausgaben, ist dieser Unterschied in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts verschwunden. Subventionen können somit zu jenen wirtschaftspolitischen Instrumenten gerechnet werden, deren Nutzung durch rechte und linke Parteien sich nicht länger unterscheidet.

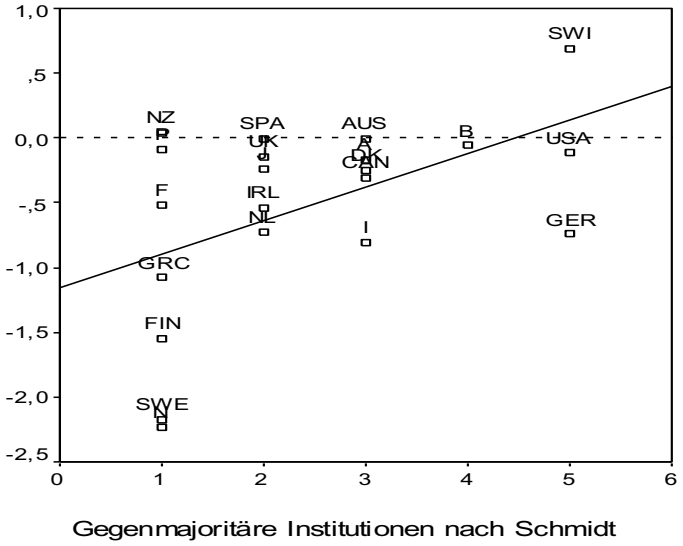
Zusätzlich konnten wir einen positiven Effekt korporatistischer Arrangements auf das Niveau der Subventionsquoten 1990 und auf die Veränderungen der Subventionsquoten zwischen 1980 und 1990 bzw. 1980 und 2004 identifizieren. Länder, in denen die Sozialpartner in die wirtschaftspolitische Willensbildung eingebunden waren, gewährten ursprünglich höhere Subventionen als pluralistische Länder. Erneut deutet jedoch das über die Zeit veränderte Muster darauf hin, dass sich im Zeitverlauf möglicherweise ein Konsens herausgebildet hat, demzufolge Subventionen ein ineffektives Politikinstrument darstellen.

Der Effekt des institutionellen Pluralismus zeigt – zumindest auf den ersten Blick – ein überraschendes Muster: Während eine hohe Vetospielerdichte in den 1980er Jahren das Subventionsvolumen eindämmte, drehte sich der Effekt bis 2004 um. Dieses Ergebnis wird durch die Analyse der Veränderungen der Subventionsquoten zwischen 1990 und 2004 unterstützt, **(← p. 229)** die ebenfalls einen positiven Effekt von institutionellem Pluralismus zeigt. Wie können diese Ergebnisse erklärt werden?

Die simple Antwort lautet, dass beide Ergebnisse mit der Erwartung übereinstimmen, dass zahlreiche Vetoinstanzen die Beibehaltung des Status Quo begünstigen. Es ist im Wesentlichen die Richtung, in welche der Status Quo verändert werden sollte, die zwischen 1980 und 2004 differiert. Vor 1980 hatten die meisten Regierungen die Subventionsausgaben noch erhöht. Jene Regierungen, die mit einer großen Anzahl von Vetospielern konfrontiert waren, waren darin stärker eingeschränkt als Regierungen in Mehrheitsdemokratien. Im Ergebnis wiesen letztere daher höhere Subventionsquoten auf. Eine Dekade später haben sich offenkundig die Präfenzen der politischen Eliten insofern gewandelt, als Regierungen nun Subventionskürzungen anvisierten. Wiederum konnten jene Regierungen, die mit wenigen Vetospielern konfrontiert waren, ihre Ziele erfolgreicher verfolgen. Dies führte aber dazu, dass die Länder mit vielen Vetospielern nun

höhere Subventionsquoten aufweisen, weil es für sie schwieriger war, Subventionen zu kürzen. Dieser Punkt wird durch Abbildung 5 illustriert.[11]

Abbildung 5: Veränderung der Subventionsquoten 1990-2004 in Abhängigkeit von den institutionellen Beschränkungen der zentralstaatlichen Regierung



(← Abbildung 5 p. 231)

Dagegen kann mit unserer Analyse nicht vollständig geklärt werden, welche Faktoren den Konvergenzprozess in diesem Politikfeld ausgelöst haben. Die „üblichen Verdächtigen", speziell die wirtschaftliche Globalisierung und die EU, erscheinen als unwahrscheinliche Kandidaten, erreichen doch die entsprechenden Indikatoren nicht annähernd statistische Signifikanz. Dieser Befund ist vor allem für die EU überzeugend, da sich Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten in signifikanten Effekten der entsprechenden EU-Variablen niedergeschlagen haben müssten. Da dies nicht der Fall ist, können wir daraus schließen, dass die EU keinen *zusätzlichen* Druck auf ihre Mitgliedstaaten ausübte, ihre Subventionszahlungen zu kürzen. Dieses Ergebnis dürfte für Experten auf diesem Gebiet nicht gänzlich unerwartet kommen. So lautet die Schlussfolgerung von Francis McGowan (2000: 131f.) über die Beihilfenpolitik der EU-Kommission: „in practice its bark is worse than its bite. Although there are exceptions …, in most major cases –…– the Commission has agreed weak compromises with the relevant member governments, approving **(← p. 230)** the aid subject to relatively modest conditions." Zusätzlich werden allgemeine Beihilfen, d.h. Maßnahmen, von denen prinzipiell alle Firmen in einem Land profitieren können, nicht von der Kommission behandelt (Lee 2002: 5; Thöne 2003: 29).

[11] Der positive Effekt von Institutionen auf die Subventionsausgaben ist teilweise durch die Schweiz bedingt, die insofern eine Ausnahme darstellt, als sie trotz hoher Vetospielerdichte das einzige Land war, das die Subventionsquote zwischen 1990 und 2004 deutlich erhöhte. Klammert man die Schweiz aus der Analyse aus, wird der Effekt zwar insignifikant, kommt aber den gängigen Signifikanzniveaus sehr nahe und behält überdies sein Vorzeichen.

Dagegen gibt es gute Gründe, in einer Querschnittsanalyse keine signifikanten Effekte von Globalisierung auf das Niveau von Subventionsquoten zu erwarten, weil alle Länder mehr oder weniger auf die gleiche Art und Weise von wirtschaftlicher Integration betroffen sind. Allerdings haben wir in den Regressionen, in denen die Veränderung der Subventionsquoten analysiert wurde, auch eine Variable getestet, die die Veränderung in der Kapitalmarktintegration abbildet. Diese blieb ebenfalls weit von statistischer Signifikanz entfernt.

Theoretisch könnte allerdings argumentiert werden, dass Globalisierung neoliberale Reformen nicht per se katalysiert, sondern nur Wirkungen auf die Länder ausübt, die mit beträchtlichem wirtschaftlichen Problemdruck konfrontiert sind, der wiederum aus einer mangelnden Anpassung an neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen resultiert. Sogar unter den **(← p. 231)** Bedingungen wirtschaftlicher Offenheit könnte es sein, dass Regierungen sich nur dann zur Anpassung an die Herausforderungen der internationalen politischen Ökonomie gezwungen fühlen, wenn die wirtschaftlichen Probleme schwerwiegend sind. Wenn diese Erklärung zutrifft, würden weiterreichende Veränderungen nur durchgesetzt, wenn die wirtschaftlichen Probleme besonders groß sind (vgl. Zohlnhöfer 2005). Auch für eine solche Interpretation geben die Daten wenig her: Die meisten Indikatoren des wirtschaftlichen Problemdrucks bleiben statistisch insignifikant und kein einziger Indikator ist in der letzten Subperiode signifikant (Niveau von 2004, Veränderungen von 1990 bis 2004), welche am stärksten von einer Internationalisierung der Wirtschaft geprägt ist. Darüber hinaus wird die Tatsache, dass hohe Zinszahlungen negativ mit dem Subventionsniveau 1990 bzw. mit den Veränderungen der Subventionsquoten in den 1980er Jahren korreliert sind, überzeugend mit Hilfe des Zusammenspiels hoher Schulden und außerordentlich hoher Zinssätze während der 1980er Jahre erklärt, welche die Zinszahlungen explosionsartig ansteigen ließen und so Druck auf andere Ausgabenbereiche ausübten (Castles 2006).

Unsere Ergebnisse unterstützen also nicht die Interpretation, dass die wachsende wirtschaftliche Integration unmittelbar eine Konvergenz und eine hohe Kürzungsintensität in der Subventionspolitik verursacht hat. Denkbar ist allerdings, dass die Verbreitung neoliberaler Ideen seit den 1980er Jahren diese Konvergenz begünstigt hat. Eine solche Diffusion neoliberaler Ideen und der daraus resultierende Siegeszug einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik steht mit der Globalisierung in einem gewissen (allerdings indirekten) Zusammenhang. Regierungen könnten beispielsweise die Politik anderer Länder nachahmen, deren wirtschaftliche Performanz als erfolgreich wahrgenommen wird – insbesondere, wenn das florierende Land ein Hauptwettbewerber ist. Ebenso könnten Empfehlungen internationaler Organisationen wie IWF, WTO, OECD oder der EU den Subventionsabbau und die damit verbundene Konvergenz vorangetrieben haben (vgl. Simmons/Elkins 2004; Armingeon/Beyeler 2004; Henisz et al. 2005). Die Möglichkeit

einer solchen Policy-Diffusion ist in der Tat plausibel, die empirische Beweisführung geht aber über diesen Beitrag hinaus und muss durch künftige Forschungen geleistet werden. **(← p. 232)**

Literatur:

Armingeon, Klaus, und Michelle Beyeler (Hrsg.) (2004). *The OECD and European Welfare States.* Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar.

Armingeon, Klaus, Phillip Leimgruber, Michelle Beyeler, und Sarah Menegale (2005). *Comparative Political Data Set 1960-2003*. Institute of Political Science, University of Berne.

Barro, Robert J., und Xavier Sala-i-Martin (1995). *Economic Growth*. New York: McGraw-Hill.

von Beyme, Klaus (2000). *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Boix, Charles (1998). *Political Parties, Growth and Equality*. Cambridge: Cambridge University Press.

Castles, Francis G. (1998). *Comparative Public Policy*. Cheltenham: Edward Elgar.

Castles, Francis G. (2006). *The Growth of the Post-war Expenditure State: Long-term Trajectories and Recent Trends*. TransTate Working Paper 35, University of Bremen.

Cusack, Thomas R., und Susanne Fuchs (2003). „Parteien, Institutionen und Staatsausgaben", in Obinger, Herbert, Uwe Wagschal, und Bernhard Kittel (Hrsg.). *Politische Ökonomie*. Opladen: Leske + Budrich.

EC (European Commission) (2001). *Ninth Survey on State Aid in the European Union*. COMM (2001)403, Brussels 18.7.2001.

EC (European Commission) (2005). *Report State Aid Scoreboard*. COMM (2005)624, Brussels 9.12.2005.

Ford, Robert, und Wim Suyker (1990). "Industrial Subsidies in the OECD Economies", *OECD Economic Studies* 15: 38-81.

Freitag, Markus (2001). „Politische Grundlagen glaubwürdiger Wirtschaftspolitik: Österreich und die Schweiz im internationalen Vergleich", *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30(3): 275-90.

Hall, Peter A. (1993). "Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain", *Comparative Politics* 25(3): 275-96.

Henisz, Witold J., Bennet A. Zelner, und Mauro F. Guillén (2005). "The Worldwide Diffusion of Market-Oriented Infrastructure Reform, 1977-1999", *American Sociological Review* 70(6): 871-97.

Iversen, Torben, und Thomas R. Cusack (2000). "The Causes of Welfare State Expansion. Deindustrialization or Globalization", *World Politics* 52(3): 313-49.

Knill, Christoph (2005). "Introduction: Cross-national Public Policy Convergence: Concepts, Approaches and Explanatory Factors", *Journal of European Public Policy* 12(5): 764-74.

Lee, Frank (2002). *OECD Work on Defining and Measuring Subsidies in Industry*. Paris: OECD.

Leibfried, Stephan ([5]2005). "Social Policy. Left to the Judges and the Markets?", in Wallace, Helen, William Wallace, und Mark A. Pollack (Hrsg.). *Policy-Making in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.

Maddison, Angus (2003). *The World Economy: Historical Statistics*. Paris: OECD.

McGowan, Francis ([4]2000). "Competition Policy. The Limits of the European Regulatory State", in Wallace, Helen, William Wallace, und Mark A. Pollack (Hrsg.). *Policy-Making in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.

Mosley, Layna (2000). “Room to Move: International Financial Markets and National Welfare States”, *International Organization* 54(4): 737-73.

OECD (2005). *Economic Outlook Dataset*. Paris: OECD.

Olson, Mancur (1982). *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*. New Haven: Yale University Press.

Quinn, Dennis (1997). “The Correlates of Change in International Financial Regulation”, *American Political Science Review* 91(3): 531-51.

Rose, Richard (1990). “Inheritance before Choice in Public Policy”, *Journal of Theoretical Politics* 2 (3): 263-291.

Schmidt, Manfred G. ([3]2000). *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Opladen: Leske+Budrich.

Schmidt, Manfred G. (2002). “The Impact of Political Parties, Constitutional Structures and Veto Players on Public Policy”, in Keman, Hans (Hrsg.). *Comparative Democratic Politics*. London: Sage.

Siaroff, Alan (1999). “Corporatism in 24 Industrial Democracies: Meaning and Measurement”, *European Journal of Political Research* 36(6): 175-205.

Siebert, Horst (1998). „Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die internationale Kapitalmobilität“, in Duwendag, Dieter (Hrsg.). *Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik*. Berlin: Duncker & Humblot.

Simmons, Beth A., und Zachary Elkins (2004). “The Globalization of Liberalization: Policy Diffusion in the International Political Economy”, *American Political Science Review* 98(1): 171-89.

Tanzi, Vito, und Ludger Schuknecht (2000). *Public Spending in the 20th Century. A Global Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.

Thöne, Michael (2003). *Subventionskontrolle. Ziele – Methoden – internationale Erfahrungen.* Berlin: edition sigma.

Tsebelis, George (2002). *Veto Players: How Political Institutions Work*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Wagschal, Uwe/Wenzelburger, Georg (2006). *Erfolgreiche Budgetkonsolidierungen im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann.

Wilks, Stephen ([5]2005). “Competition Policy. Challenge and Reform”, in Wallace, Helen, William Wallace, und Mark A. Pollack (Hrsg.). *Policy-Making in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.

Zohlnhöfer, Reimut (2005). „Globalisierung der Wirtschaft und nationalstaatliche Anpassungsreaktionen. Theoretische Überlegungen“, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 12(1): 41-75.